Ein Berufsparlament ist keine Patentlösung

von Silvano Moeckli

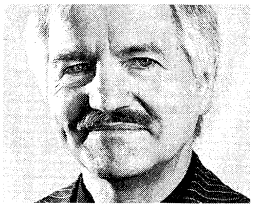
Peter Spuhler tritt wegen Mehrfachbelastung zurück, Natalie Rickli leidet unter einem Burn-out, Christoph Mörgeli soll seine beruflichen Pflichten vernachlässigt haben. Wo liegen die Ursachen? In den persönlichen Umständen der Betroffenen oder «am System»? Brauchen wir ein Berufsparlament?

Jede institutionelle Ausgestaltung eines Parlaments hat spezifische Anreizmechanismen für die Rekrutierung des Personals, die Amtsausübung und politische und berufliche Karrieren. Bei der Analyse muss man insbesondere zwei Dinge beachten: die Arbeitsbelastung und die Entschädigung. Wie Alois Riklin und ich schon in einer Untersuchung vor gut zwanzig Jahren festgestellt haben, waren die eidgenössischen Räte schon damals kein Milizparlament, sondern ein Halbberufsparlament. 81 Prozent waren Halbberufsparlamentarier, 35 Prozent Berufspolitiker. Die Entschädigung für das Parlamentsmandat war vergleichsweise bescheiden und machte nur 37 Prozent des Gesamteinkommens aus.

Schon damals bezeichneten 86 Prozent die Ausübung des Parlamentsmandats neben der beruflichen Tätigkeit als «grosse» beziehungsweise «sehr grosse Belastung». Die mässige Entschädigung führte zu einer schmalen Rekrutierungsbasis des Parlaments, denn einkommenslose Arbeit setzte arbeitsloses Einkommen voraus.

Wenn man viel Zeit für bescheiden entlöhnte politische Arbeit aufwenden muss, braucht es auf der anderen Seite lukrative Jobs, die viel einbringen, aber wenig Aufwand erfordern. Entweder man lebt für die Politik oder von der Politik, hatte schon Max Weber formuliert.

Was hat sich seither verändert? Der Arbeitsaufwand ist noch höher geworden. Nach einer neuen Untersuchung wendet ein Mitglied des Nationalrats 57 Prozent der Arbeitszeit für das Parlamentsmandat auf, ein Mitglied des Ständerats gar 67 Prozent. Hinzu kommt die übrige politische Arbeit in Parteien und Verbänden. Die Medienarbeit ist vielfältiger. Präsenz in den sozialen Medien und dauernde Erreichbarkeit übers Mobiltelefon gehören heute dazu. Und gestiegen ist insbesondere die Entschädigung



Silvano Moeckli

Politikwissenschafter und Dozent an der Universität St. Gallen

inklusive Spesen, auf rund 130 000 Franken. Man kann heute davon leben. Eine politische Karriere übers nationale Parlament ist zu einer Alternative zu einer Berufskarriere geworden. Die Rekrutierungsbasis hat sich damit verbreitert.

Es wäre falsch, die Parlamentarier als bedauernswerte Geschöpfe zu sehen. In welchem Job kann man bei gutem Verdienst auch mal schwänzen und hat keinen Chef?

Auf der anderen Seite bedeutet die weiter gestiegene Belastung, dass die Kombination von Berufsarbeit und politischer Arbeit immer schwieriger wird, insbesondere für «normale Angestellte» und Berufsleute, die nicht zuoberst in der Hierarchie einer Organisation stehen. Es gibt nämlich grosse Unterschiede, was die nichtparlamentarische personelle und räumliche Infrastruktur angeht. Ein Unternehmer oder Stadtpräsident verfügt von seiner beruflichen Tätigkeit her über diese Infrastruktur, ein Landwirt oder eine Hausfrau nicht. Je nach beruflicher Tätigkeit ergeben sich auch unterschiedliche Synergieeffekte. Zumindest auf dem Heimmarkt dürfte das Nationalratsmandat für Peter Spuhler kein Nachteil gewesen sein, während der gleiche Effekt bei Christoph Mörgeli und seinem medizinhistorischen Museum wohl weniger gespielt hat.

Generell gilt aber, dass sich ein Parlamentarier ein hervorragendes Netzwerk in Politik und Verwaltung aufbauen kann und leicht Zugang zu Bundesräten und Chefbeamten hat. Wenn man als Parlamentarier die Regulierung, die Besteuerung und die Subventionierung mitgestalten kann, gereicht das der Branche zum Vorteil. Deshalb ist es kein Zufall, dass die Präsidenten des Gewerkschaftsbundes, des Gewerbeverbandes, des VCS, des Kaufmännischen Verbandes, des Weinbauernverbandes, des Hauseigentümerverbandes und wohl auch wieder des Bauernverbandes eidgenössische Parlamentarier sind.

Wieso ist beispielsweise ein Arbeitgeber bereit, einen Angestellten für 60 Prozent der Arbeitszeit «freizustellen» und dennoch zu 80 Prozent zu entlöhnen? Das kommt immer noch billiger als die Verpflichtung eines externen Lobbyisten, und dieser ist erst noch weniger wirksam, weil er bloss im Vorzimmer Platz nehmen kann und nicht im Sitzungszimmer.

Um auf Peter Spuhler zurückzukommen: Immerhin hat er es dreizehn Jahre lang geschafft, Politik, Beruf und zahlreiche Mandate zu kombinieren. Falsch wäre, die Parlamentarier als bedauernswerte und selbstlose Geschöpfe zu sehen. 2011 drängte es fast 3500 Kandidierende zu den 200 Nationalratssitzen. Wo in einem «normalen Job» kann man bei gutem Verdienst auch mal schwänzen, hat keinen Chef, hohe Flexibilität und hohes Sozialprestige? Was es braucht, ist allenfalls eine bessere personelle Ausstattung für jene Parlamentarier, die über keine nichtparlamentarischen Ressourcen verfügen. Ein reines Berufsparlament würde hingegen den Einstieg «von oben» aus einer hohen beruflichen Position fast verunmöglichen, brächte aber kaum eine Verringerung der Arbeitsbelastung.

Denn wie Erfahrungen im Ausland zeigen, finden auch Berufsparlamentarier meist Zeit für lukrativen Nebenerwerb und spesengenerierende Nebentätigkeiten. Anzufügen ist, dass die Rekrutierungsbasis unter den Wirtschaftsführern auch deswegen schmaler geworden ist, weil mittlerweile fast die Hälfte der Mitglieder von Geschäftsleitungen in den grossen Schweizer Unternehmungen Ausländer sind.